

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,30 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der wichtigsten Sonntagsbeilage „Rolf und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtlebende“, „Krautkumme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Bühnenwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tendenz“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag  
29. November 1927  
10 Pfennig

Die einseitige Komparteilösung 80 Pfennig. Kellnerzeit 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige druckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fertige druckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengelände das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen die Abonnentenzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einbrenntrog 2. wochentags von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 57336 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

## Streik und passive Resistenz in Sachsen.

### Die Eisenbahner in Bewegung.

Aus einer an und für sich geringfügigen Ursache ist es im Reichsbahnbezirk Dresden zu einem größeren Konflikt gekommen. Gegenwärtig streiken in dem Ausbesserungswerk, in dem Lokomotiven und Wagen repariert werden, rund 1300 Arbeiter, während 3000 Güterbodenarbeiter seit Montag

in passiver Resistenz

verharren. Diese letzte Maßnahme ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung für den Güter- und Gepäckverkehr, da durch die Arbeit „nach Vorschrift“ täglich Hunderte von Sendungen liegen bleiben, die allmählich die Güterböden verstopfen.

In dem Ausbesserungswerk der Eisenbahn in Dresden wurde bisher nach Alford gearbeitet, und bei Nachprüfungen der für die Reparaturen aufgewendeten Beträge stellte es sich heraus, daß die Arbeitszeit für einzelne Reparaturarbeiten zu hoch angesetzt war, während andere Reparaturen eine Arbeitszeitnorm besaßen, deren Innehaltung auch den tüchtigsten Facharbeitern nicht möglich war. Infolgedessen fanden Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion Dresden und dem Gewerkschaften statt, in denen die Arbeitszeiten für die Reparaturen und damit auch die Alfordhöhe revidiert werden sollten. Der Werkstattheiter hatte jedoch von sich aus eine

Verkürzung aller Arbeitszeiten

ohne Unterschied bereits vorgenommen. Diese Maßnahme erregte unter der Belegschaft erhebliche Aufregung, die noch durch den Umstand verschärft wurde, daß die Verhandlungen über die von der

Reichsbahn grundsätzlich gewährte Erhöhung der Ortslohnzuschläge sich gerade in Dresden sehr lange hinzogen. Es kam deshalb am Dienstag voriger Woche innerhalb der Arbeiterenschaft der Ausbesserungswerks zu stürmischen Ausbrüchen. Drei der Redner, die sich besonders gegen den Werkstattheiter gewandt hatten, wurden unmittelbar nach der Betriebsversammlung strafflos entlassen. Darauf legte die gesamte Belegschaft am Sonnabend die Arbeit nieder. Inzwischen griff die Reichsbahndirektion Dresden ein und erklärte, entgegen der Entscheidung des Werkstattheiter, daß nur ein Arbeiter entlassen werden solle. Trotzdem verharrte die Belegschaft im Ausstand und erklärte, erst dann wieder die Arbeit aufnehmen zu wollen, wenn alle Entlassenen wieder eingestellt seien.

Inzwischen hatten sich die Dresdener Güterbodenarbeiter mit dem Streik der Werkstattheiter beschäftigt. In einer Funktionärskonferenz für Sachsen, die in Riesa stattfand, wurde beschlossen, daß die Güterbodenarbeiter so lange

„entsprechend den Bestimmungen“ arbeiten

sollen, bis der Konflikt in der Werkstatt beendet sei. Dadurch ist die Lage nicht unwesentlich verschärft worden, denn die Abfertigung der Güter läßt sich, wie bekannt ist, nur dann glatt durchführen, wenn nicht nach den geltenden Bestimmungen verfahren wird. Da zu befürchten ist, daß das Vorgehen Dresdens auch auf andere wichtige Eisenbahnpunkte Sachsens wirken kann, ist zu erwarten, daß die Reichsbahngesellschaft nunmehr eingreifen und durch Verhandlungen mit den zentralen Gewerkschaften den Konflikt aus der Welt schaffen wird.

## Politischer Katholizismus.

### Ein Schritt weiter nach rechts!

Die „Germania“ bringt heute den Wortlaut der Abmachungen, die zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei getroffen worden sind. Er entspricht den Mitteilungen unseres Münchener Telegramms von heute morgen. Ungleich wird ein von Marx und Speck unterzeichneter Aufruf veröffentlicht, der es als Zweck der Vereinbarungen bezeichnet, „ein einheitliches Vorgehen beider befreundeter Parteien in allen wichtigen politischen Fragen zu sichern“ und „Reibungsflächen für alle Zukunft zu verhindern“. Es ande sich um „einen ersten Schritt zu dem Endziel der Wiederherstellung der politischen Einheit“.

Das Berliner Zentrumsbildet feiert das Ereignis, das unter den „großen Gedanken der Einigung des politischen Katholizismus in Deutschland“ gestellt sei. Das katholische Volk wolle einen Anfang sehen. Denn es gebe wohl auch unter Brüdern einen Meinungsstreit, doch sei schließlich „das Band des Blutes stärker“.

Bemerkenswert ist an den Vereinbarungen, daß sie rein organisatorischer Natur sind und über Programmatisches kein Wort sagen. Das ist weiter nicht verwunderlich. Handelt es sich doch darum, Republikaner mit starkem sozialen Einschlag, Monarchisten und fanatische Sozialreaktionäre, Unitarier und Partikularisten unter einen Hut zu bringen. Der „politische Katholizismus“, von dem die „Germania“ spricht, ist nicht mehr als eine blasse Vorstellung. Von den deutschen Katholiken wählt ja ohnehin nur ein Teil Zentrum oder Bayerische Volkspartei. Dieser Teil selbst ist wiederum in politischen Fragen — abgesehen vielleicht von denen, die das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche betreffen — durchaus nicht einig. Eine solche geistige Einigung wird schon durch die Schärfe der sozialen Gegensätze verhindert, die in ganz verschiedenartigen Gedanken über Staatsform und Volkswirtschaft ihren Ausdruck finden.

Es gab eine Zeit, in der das Zentrum entschieden bestritt, eine konfessionelle Partei zu sein und in der es sich lebhaft um Gewinnung von Anhang auch in nicht-katholischen Teilen des Volkes bemühte. Diese Zeit ist vorbei, jetzt deklarieren man sich wieder als die Partei des „politischen Katholizismus“, ohne auch nur im entferntesten sagen zu können, was „politischer Katholizismus“ ist. Dieser ist bestenfalls eine aus der Geschichte zu verstehende Erscheinung als Abwehrbewegung gegen die staatlichen Unterdrückungsmächte, die im Kulturkampf lebendig wurden. Aber diese Entstehungsursache wirkt in moderner Zeit nicht weiter fort — und so ist der „politische Katholizismus“ nichts anderes als eine noch weiterlebende Erscheinung aus einer vergangenen Geschichtsperiode.

Entsprechend der konfessionellen Kräfteverteilung im deutschen Volk kann er nie mehr als eine Minderheit sein und in dem Maß, in dem die deutschen Katholiken erkennen, daß auf religiösem Gebiet gar nichts, auf politischem und sozialem alles für sie auf dem Spiel steht, ist er zum allmählichen Verschwinden verurteilt. In tatsächlicher Hinsicht bedeuten aber die neuen Vereinbarungen, daß sich der rechte Zentrumsflügel aus Bayern Verstärkungen halt, um seine Machtstellung fest und dauerhaft zu machen, und daß der linke Zentrumsflügel, zu dem vor allem die christlichen Arbeiter gehören, noch mehr an die Wand gedrückt wird.

## Die Kürzung hoher Pensionen.

### Die Bürgerblockparteien uneinig.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt setzte in der Sitzung vom Dienstag die Beratung der Befoldungsreform beim 5. Abschnitt fort, der eine Neuregelung der Warregeelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge bringt. Hierzu lag u. a. der schon erwähnte sozialdemokratische Antrag auf Kürzung hoher Pensionen vor. Bei der Besprechung dieses Antrages am Montag waren so erhebliche Meinungsunterschieden unter den Regierungsparteien zu Tage getreten, daß man die Sitzung auf Dienstag vertagte. In der Dienstagssitzung zeigte sich, daß in der interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien nicht gelungen war, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken.

Unter allgemeiner Spannung nahm der Zentrumsführer v. Guérard das Wort, um, wie er mehrmals betonte, namens der vereinigten Parteien des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei die grundsätzliche Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag auszusprechen. Der Antrag gehe ihm indessen zu weit. Er begründete einen vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei gestellten Antrag, der Pensionsszuschläge nur bis zu einem Grundgehalt von 12 000 Mark gewähren wolle, während die Regierungsvorlage die Grenze erst bei 16 000 M. Grundgehalt zieht.

Von der Volkspartei und den Deutschnationalen lag ein Antrag vor, in dem eine Grenze für die Zuschläge zur Pension nicht vorgegeben war. Bei der durch die zahlreichen Anträge höchst verwickelten Abstimmung wurden alle Anträge abgelehnt. Die Sitzung dauert fort.

## Bandervelde über Faschistengefahr.

### Belgisches Wahlprogramm: Kurze Dienstzeit, Sozialversicherung, Pächterschutz.

Brüssel, 29. November. (Eigenbericht.)

Im sozialistischen Generalkongress referierte Bandervelde am Montag über „Die politische Lage“. Er führte u. a. aus: „Wir haben jetzt eine Regierung, die schon vor ihrer Geburt innerlich zerrissen ist. Ihr gegenüber steht die einzige und energische Opposition der Arbeiterschaft. In der Außenpolitik wird sich wohl nichts Wesentliches ändern. Selbst wenn Belgien noch im Völkerbundesrat wäre, müßte seine Rolle im gegenwärtigen Augenblick verhältnismäßig bescheiden sein. In den nächsten Monaten wird es sich mehr darum handeln, die Politik von Locarno vor Angriffen zu verteidigen als die Politik weiter auszubauen. Die internationale Situation ist sehr getrübt. Wohl haben alle Länder das dringende Bedürfnis nach Frieden, aber es bestehen so viele Gefahrenherde, und ernste Bemerkungen sind keineswegs ausgeschlossen. Die Internationale muß ihre Wachsamkeit verdoppeln. Sowjetrußland hat sich selber den schwersten Schaden zugefügt durch seine verblendete Politik, die Arbeiterbewegung aller Länder spalten zu wollen, anstatt bei ihr einen Rückhalt zu suchen. Wohl besteht keine Gefahr eines Krieges gegen Rußland, keine Regierung denkt im entferntesten daran, aber unbefriedigbar ist, daß die Finanzkrise aller Länder einen versteckten Kampf gegen Sowjetrußland führen, um durch ökonomischen und finanziellen Druck das Sowjetrußland zu Fall zu bringen und es durch ein reaktionäres Regiment zu erlösen. Das aber wäre ein Unglück für die internationale Demokratie, und deshalb müssen wir trotz aller scharfen Gegensätze zu den bolschewistischen Methoden Sowjetrußland gegen die Angriffe verteidigen.“

In bezug auf die Militärfrage führte Bandervelde aus: „Die Gegner bekämpfen die Herabsetzung der Dienstzeit mit der Behauptung, daß das heutige Wehrsystem keinen genügenden Schutz gegen einen Angriff von außen bietet. Aber wer wagt zu behaupten, daß ein derartiger Angriff heute zu befürchten sei? De Brocqueville hat selbst erklärt, Belgien könne ruhig auf einen Frieden von mindestens zehn Jahren rechnen. Die wirkliche Gefahr ist die, daß die herrschende Klasse von Kapitalisten und Finanzleuten durch die demokratischen Erfolge der Arbeiterpartei in die Enge getrieben, an faschistische Gewaltmaßnahmen denken könnte. Gegen diese Gefahr gilt es uns zu wappnen. Wir haben unser Programm, für das wir zu kämpfen entschlossen sind. Seine Hauptpunkte sind die sechsmonatige Dienstzeit, die Sozialversicherung und der Pächterschutz. In unserer Propaganda werden wir uns nicht auf Detailsfragen einlassen, die durch Fachleute und in den Kommissionen zu regeln sind, sondern dem Arbeiter einen einfachen und klaren Kampfplan geben, wie feinerzeit bei dem Kampf um das allgemeine Wahlrecht und den Achtkundentag.“

Diesen Ausführungen schloß sich eine längere Debatte an, in deren Verlauf alle Redner die Haltung der sozialistischen Minister

billigten. Nur der Führer der Bergarbeiter äußerte Zweifel darüber, ob der Austritt der Sozialisten aus der Regierung unvermeidlich und nützlich war.

## Bluff oder Drohung?

### Baldemaras über Polens Haltung.

Konow, 29. November.

In einer Unterredung mit Beratern der in- und ausländischen Presse nahm Ministerpräsident Baldemaras Stellung zu den umlaufenden Gerüchten. Er bezeichnete wiederholt die Redungen über Vorbereitungen gegen Litauen im Wilnogebiet als

polnischen Bluff.

Es existierten keine derartigen Vorbereitungen. Die Hauptquelle des Alarms steht der Ministerpräsident in Moskau; die Berliner Presse habe hier mehr als Echo gewirkt. Nach der Auffassung der litauischen Regierung sei die Gefahr eines Ausbruchs von polnisch-litauischen Feindseligkeiten nicht groß. In längeren Ausführungen begründete er diese Auffassung. Weiter bestände allerdings noch die Möglichkeit der Organisierung von Banden, um einen sogenannten Aufstand herbeizuführen. Da man die geringe Zahl der litauischen Emigranten kenne, werde dies Polen ebenfalls wenig nützen. Es sei durchaus möglich, daß in Genf nicht nur die Verletzung der Minderheitenrechte im Wilnogebiet behandelt würde, sondern daß sich daraus eine Aufrollung der polnisch-litauischen Beziehungen ergeben könne. Die Einschüchterungen stellten also einen

Einschüchterungsvertrag

dar, mit dem Ziel, Litauen zum vorherigen Verzicht auf Wilno zu bewegen. Weiter erwarteten die Polen von dieser Einschüchterung die Erregung von Unzufriedenheit innerhalb Litauens gegenüber der jetzigen Regierung und die Einsetzung einer ihnen gefügigeren Regierung. Er habe Beweise, daß die Polen zu diesem Zweck große Mittel aufwendeten. Es sei Pflicht der Regierung, die Deffektivität auf diese eigentliche Gefahr aufmerksam zu machen. Eine wirklich ernste Gefahr für Litauen könne nur entstehen, wenn im Zusammenhang mit einer allgemeinen europäischen Konfession auch die Frage der polnischen Ostgrenzen überhaupt ins Rollen käme. In einem solchen Falle sei natürlich mit Ueberraschungen zu rechnen.

Unter den sich anschließenden Fragen wurde auch die aufgeworfen, ob die alarmierende Haltung der Sowjetunion nicht sehr stark gespielt sei. Der Ministerpräsident meinte dazu, daß dann dahinter doch eine russisch-polnische Abmachung stecken müsse, wobei er auf die Ausführungen Kadets über eine von Polen vorgeschlagene Teilung der baltischen Staaten verweise. Aber wenn man eine solche Abmachung als bestehend annehmen wolle, so wäre doch gerade in diesem Falle eine beruhigende Haltung geboten gewesen.

# Mordaufforderung gegen Pazifisten.

Weil Völkische durch Völkische verraten wurden.

Zwei völkische Subjekte des Freikorps Korbach haben während des Ruhrkampfes einen der Ihren gegen Geld an die Franzosen verraten. Bezeichnend für den Geist des Gefindels, das einen nicht geringen Prozentsatz dieser Landstreicherscharen ausmacht, aber letzten Endes eine Angelegenheit der Völkischen unter sich. Doch die „Deutsche Zeitung“ weiß es besser: Wenn die Völkischen Schmeißer und Goch ihren Mitkämpfer Schloßberger verriet, so sind schuld daran die — Pazifisten! Zu diesem Zweck stellt das edle Blatt rasch eine Gleichung her zwischen offenen Bekämpfern des Militarismus und käuflichen Subjekten vom Schloßberger und Schneider, um dann mit kühner Schlussfolgerung zu behaupten, daß diese beiden „Verräter aus dem Lager der Pazifisten“ gewesen seien, die sich in Korbach Heidenlager „eingeschlichen“ hätten! In dieser vorliegenden Unterstellung, die so ganz dem Niveau der patentierte reitrossigen Geistesblüte entspricht, könnte man mit Adeljuden vorbeigehen, wenn sie nicht die Einleitung zu einer sehr offenerhitzigen Mordaufforderung bildete. Nachdem nämlich die Gleichsetzung von Pazifisten und käuflichen völkischen Schurken vollzogen ist, geht die „Deutsche Zeitung“ zu folgender Schlussbetrachtung über:

„Die falsche Achtung der „Feinde des Vaterlandes“, die nichts gemeln zu haben braucht mit der bolschewistischen Ermordung ganzer Volksschichten, ist der naturgegebenen Selbstschuß eines bedrückten Volkes. Die Geschichte hat erwiesen, daß die Kollisionskämpfer Völker zwangsläufig zu solchem Selbstschuß führt und das eiserne Gesetz vom Blut, das Blut fordert, keine nach geschäftlicher Demokratie auf die Dauer ausgeschaltet hat. Verrat an eigenen Blute wird niemals durch Zuchthäuser und Freiheitsentziehungen Sühne finden, sondern nur durch Urteile, die den Verrätern das Leben aberkennen.“

Die Erfahrung hat hinlänglich gezeigt, wie solche Aufforderungen in den unreifen Gehirnen völkischer Jünglinge sich auswirken. Deshalb soll diese hier nachdrücklichst festgenagelt werden, damit nicht später — wie so oft — die moralisch Verantwortlichen ihre Hände in Unschuld waschen.

## Hackbart erledigt.

Ein moralisches Todesurteil für den Landbundführer.

Bereits die Gerichtsverhandlung gegen Hackbart, über die wir berichteten, gefällte sich für den Reichslandbundführer zu einer Niederlage. Noch vernichtender war das gestern verkündete Urteil. Redakteur Jertz wurde zwar wegen formaler Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, in der Urteilsbegründung werden aber die von ihm aufgestellten Behauptungen in weitestem Maße bestätigt. Es heißt da:

In einer Reihe von Veröffentlichungen des „Bauernbundes“ wurden gegen den Kläger verschiedene Anschuldigungen erhoben. Das Gericht hat festgestellt, daß der Kläger tatsächlich den Beamten des „Bauernbundes“ Stellungen beim Landbund mit höheren Gehältern versprochen hat. Sowohl der Zeuge Rathlos als auch der Zeuge Grothe haben unter dem Eide ausgesagt, daß von größeren Summen, die der Reichslandbund für die zu schaffende Ueberleitungsstelle zur Verfügung stellen wollte, und von einer Verdoppelung der Gehälter die Rede gewesen war. Tatsächlich erhält der Zeuge Jilster, der früher bei dem Bauernbund angestellt war, jetzt als Geschäftsführer der Ueberleitungsstelle das doppelte Gehalt. Nicht nachgewiesen wurde dem Kläger, daß er selbst irgendwelche Vorteile durch seinen Uebergang zum Reichslandbund erhalten hätte.

Der Kläger wurde ferner vom „Bauernbund“ beschuldigt, die Mitgliederlisten des Bauernbundes auf unrechtmäßige Weise erhalten zu haben. Wenn das auch nicht erweisbar sei, so stehe doch fest, daß er diese Listen noch als Präsidialmitglied des Bauernbundes hergestellt habe, und es scheine nicht unwahrscheinlich, daß er damals schon mit einer Verwendung gegen den Bauernbund gerechnet habe. Darin liege eine unaufrichtige Handlung

und eine grobe Untreue. Die Entwendung der Mitgliedsliste konnte nicht nachgewiesen werden, die Art ihrer Verwendung bedeute aber gleichfalls eine grobe Untreue. Die vom Kläger herausgegebene Sondernummer des „Bauernbundes“ war eine Kampfschrift gegen den Bauernbund; auf diese Weise sei er diesem in den Rücken gefallen. Wenn der Kläger sich darauf berufe, daß er auf Grund seiner weitgehenden Vollmachten zur Herausgabe der Sondernummer ermächtigt gewesen sei, so stehe das Gericht auf dem Standpunkt, daß der Mißbrauch gewisser Vollmachten zur Herausgabe der Sondernummer eine Untreue besonders schlimmer Art, ein Mißbrauch dieser Vollmachten zum Nachteil seiner Bundesgenossen darstelle.

Deshalb könne das Gericht den Angeklagten nicht nach § 186 wegen öffentlicher Beleidigung verurteilen. Ihm sei der § 193, der die Wahrung berechtigter Interessen vorsieht, zuzubilligen. Der Ausdruck „Verrat“ könne nicht als formale Beleidigung angesehen werden, er sei lediglich eine Charakterisierung des tückischen Verhaltens, in diesem Falle ein berechneter Vorwurf.

Eine formale Beleidigung erblicke dagegen das Gericht in dem Ausdruck „Verräter“ und in einer Reihe anderer Ausdrücken, die die Verächtlichmachung des Klägers beabsichtigten. Bei der Strafzumessung war zu berücksichtigen, daß für den Beklagten hinreichender Anlaß zu einer energischen Abwehr gegen die Handlungsweise des Klägers bestand.

Nach diesem Urteil ist der Fall Hackbart erledigt. Das Gericht hat diesem Landbundführer und seiner Kampfweise und damit auch dem Landbund, der sich derartiger Personen und Mittel bedient, das moralische Todesurteil ausgesprochen.

## Das Ende der „Studentenschaft“.

Erörterungen an der Handelshochschule.

Der Rektor der Berliner Handelshochschule sprach gestern in einer Studentenversammlung über die vom Kultusminister Dr. Bader erteilte Abkündigung über das Schicksal der „Deutschen Studentenschaft“, die am Mittwoch stattfindet. Die Meinung des Kultusministers, die er zu seiner eigenen macht, glaubt er dahingehend interpretieren zu dürfen, daß es dem Minister eigentlich gleich sei, ob Annahme oder Ablehnung erfolge. Es sei bedauerlich, daß überhaupt nur noch ja oder nein gesagt werden könne. Aber wenn auch Ablehnung erfolge, so würden drei der wichtigsten Aufgaben der Studentenschaft bleiben: Darlehnskasse, Wirtschaftsbeihilfe und örtliche Wirtschaftskörper. Für alles andere — besonders auch für die Leibesübungen — werden neue Formen gefunden werden. Dieser optimistische Standpunkt trat im Laufe des Abends sogar wiederholt in der Art zu Tage, als ob sich durch die Ablehnung eigentlich nicht viel ändere.

In dasselbe Horn blies der Hauptreferent Kersten vom Vorstand der „Deutschen Studentenschaft“. Seine Ausführungen ließen erkennen, daß der Vorstand der „Deutschen Studentenschaft“ eine Wandlung in der Taktik vorgenommen hat. Während man sonst die Fragen der Zugehörigkeit zur Studentenschaft und die Koalitionsfrage in den Vordergrund gehoben hat, scheint man jetzt zu merken, daß mit „völkischen“ Grundfragen und dem demagogischen Gerede vom „großdeutschen Gedanken“ nichts mehr zu gewinnen ist. Dafür operiert man jetzt mit der bedrohlichen Selbstverwärtung, in Erwartung einer Unterstützung durch die Rektorenschaft, die durch den neuen Vermögensbeitrag ihr Vertrauensverhältnis zur Studentenschaft bedroht sieht.

Mit Recht konnte aber der Korreferent Dipl. Kaufmann Weidike gerade auf das Bemerkliche dieses plötzlichen Interesses an der solange nebensächlich behandelten Frage der Selbstverwaltung hinweisen, um so mehr, als unter dieser Selbstverwaltung leider an einer großen Reihe von preussischen Hochschulen Untersuchungen und Veruntreuungen im Betrage von 124000 Mark erfolgt sind. Erst das hat zum ministeriellen Eingriff in die Selbstverwaltung gezwungen, der sich jedoch — wie Rektor Thießen selbst zugab — als der relativ harmloseste erweisen kann, wenn die verantwortlichen Stellen verständig zusammenwirken.

## Der „absolute Nullpunkt“.

Ein Vortrag von Prof. Kernst.

Montag fand eine Feislichung der Heinrich-Hertz-Gesellschaft zur Förderung des Funkwesens gemeinsam mit dem Elektrotechnischen Verein statt. Zunächst wurde Prof. Georges wegen seiner Verdienste um die Starkstromtechnik zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Dann wurde die goldene Heinrich-Hertz-Medaille dem Prof. Max Wien-Jena, dem Entdecker des Röhrenstrahlprinzips, verliehen. Die Gesellschaft hat auch eine silberne Medaille für Verdienste von Liebhabern des Funkwesens gestiftet; diese erhielt zugleich mit 1000 M. Fritz Koch-Dresden für ein von ihm eingereichtes besonders gutes Empfangsgerät.

Dann hielt Prof. Kernst, der Direktor des physikalischen Instituts an der Berliner Universität, den Festvortrag über „Physik beim absoluten Nullpunkt“. Das ist nicht etwa so zu verstehen, meinte er einleitend, als sei die Physik beim Nullpunkt angelangt, also zum Stillstand gekommen, im Gegenteil macht sich gegenwärtig ein sehr lebhaftes Arbeiten und Fortschreiten bemerkbar. Es handelt sich vielmehr darum, das physikalische Verhalten der Körper bei dem sogenannten absoluten Nullpunkt der Temperatur festzustellen. Die Erreichung höchster Temperaturen ist in unserer Vorstellung nicht begrenzt, und auch tatsächlich haben wir in elektrischen Funken etwa 10000 Grad, aus manchen Filamenten 20000 bis 30000 Grad, in ihrem Innern sogar Temperaturen bis zu 10 Millionen Grad, und bei manchen radioaktiven Vorgängen scheinen Temperaturen bis zu 50 Millionen Grad vorzukommen. Noch untern aber ist die Temperatur schon in unserer Vorstellung begrenzt, denn da sie nach unseren Anschauungen in einer ungeordneten Bewegung der Moleküle (kleinsten Körperteilchen) besteht, so kann sie nicht tiefer als bis zum Aufhören dieser Bewegung sinken. Diesen temperaturlosen Zustand hat man aus einer Reihe von Gründen auf 273 Grad unter dem Gefrierpunkt des Wassers festgesetzt. Diesem sogenannten absoluten Nullpunkt ist man in der letzten Zeit infolge der Fortschritte, die man in der Verflüssigung der Gase gemacht hat, sehr nahe gekommen; Wasserstoff wird bei 252 Grad flüssig, und als es im Jahre 1908 gelang, Helium zu verflüssigen, erreichte man sogar 269 Grad flüssig, näherte sich also dem absoluten Nullpunkt bis auf 4 Grad. Es zeigte sich nun, daß bei sehr tiefen Temperaturen die spezifische Wärme eines Stoffes außerordentlich schnell fast unmerkbar klein wird, das ist diejenige Wärme, die man ihm entziehen muß, um seine Temperatur zu erniedrigen, und daher bestand begründete Hoffnung, dem absoluten Nullpunkt ganz nahe zu kommen, praktisch ihn völlig zu erreichen, da ja nur noch eine fast unmerkliche Wärmezunahme dazu notwendig war. Tatsächlich ist man ihm auch bis auf etwa ein Zehntel Grad nahe gekommen, doch zeigen hier beide

Gase ein eigentümliches Verhalten, eine Entartung, wobei vor allem der Druck unabhängig von der Temperatur wird. Deshalb erscheint es ausgeschlossen, daß man den absoluten Nullpunkt völlig erreicht, er wird immer nur ein gedachter, nicht ein real herbeizuführender Zustand bleiben.

Zum bessern Verständnis dieses Verhaltens der Gase hat Kernst die Hypothese (Vermutung) aufgestellt, daß auch beim absoluten Nullpunkt selbst die ungeordnete Bewegung der Moleküle nicht ganzlich aufhöre, sondern in gewissem Umfange weiter bestehe und mit der Bewegung auch noch Energie, sogenannte „Nullpunktenergie“ vorhanden sei, eine Vermutung, die ihn zu weittragenden kosmischen Folgerungen führt.

Zum Schluß streifte er noch das elektrische Verhalten der Körper bei sehr tiefen Temperaturen und bemerkte tröstend, daß die Gesetze der Elektrotechnik ihre volle Gültigkeit behalten. Bc.

## Gastspiel Nanny Larsen-Todsen.

Städtische Oper.

Ein Abend, dem wir erwartungsvoll entgegenzogen: erstes Berliner Auftreten von Nanny Larsen-Todsen, der großen, von Bagner her schnell zu internationaler Berühmtheit aufgestiegenen Wagner-Sängerin. Als Brühnilde, in der „Walküre“, erscheint sie auf der Bühne der Städtischen Oper. Keine Erwartung bleibt unerfüllt. Stimme und Erscheinung haben das Maß der wagnerischen Höhegefühl. Es kann nichts „Hochdramatischeres“ geben als diesen unerschütterlichen Sopran, der mühelos über die Bogen des (manchmal überlauten) Orchesters trägt und mit höchster Selbstverständlichkeit als Instrument des dramatischen Ausdrucks gehandhabt wird, gefügig jeder darstellerischen Intention. Und die formvollendete Darstellung, mit allen Tugenden der Bayreuther Schule ausgestattet, vor allem der Tugend eines immer regen Schauspielergewissens, zeigt zugleich ein ungewöhnliches künstlerischer Intelligenz. Dem Gesamteindruck dieser Leistung wird leider der unzureichende, nämlich nur eben zureichende Rahmen ungünstig, den eine mittelmäßige Aufführung liefert. (Gottfried Ditters Botan ist ein Partner, der in Ehren besteht.) Vom Dirigentenpuß geht keine belebende Kraft aus, Robert S. Denglers Temp. sind so langsam wie das innere Tempo, das er, zumal in der Walfirenszene, der Bühne nicht austreibt. Die Regie läßt besser, anstatt zu weichen; sie ist nicht vorhanden. Um fräulich die sinn- und musikalische Intelligenz des Zuschauer zu beruhigen, dazu müßte man nicht auf eine „Reinigung“ warten. Der Abstand zwischen den festlichen Abenden großer Kunst und dem Repertoirealltag ist in diesem Hause größer, als seinem Ansehen zuträglich scheint. Wir müssen bedauern, um so mehr bedauern, daß das erste Gastspiel nicht, wie beabsichtigt, an einem „Tristan“-Abend stattfinden konnte; und mit freudiger Erwartung sehen wir dem zweiten entgegen, bei dem die gelehrte Sängerin — nicht nur Wagner-Sängerin, wie sich zeigen wird — in Bruno Walters „Fidelio“-Ensemble tritt. Klaus Pringsheim.

Im Schluß gaben die verschiedenen Fraktionen Erklärungen ab, bei denen interessant ist, daß im sogenannten „Großdeutschen Einheitsblock“ eine Rinderheit am Werke ist, die für die neue Verordnung stimmt.

## Jongleure des Militäretats.

England soll angeblich weniger als früher ausgeben.

London, 29. November.

Der Minister des Innern Johnson-Smith sagte gestern Abend in einer Rede: Während der letzten drei Jahre haben wir unsere militärischen Ausgaben um 5 Proz. vermindert; Italien hat die seinen um 17 und Frankreich die seinen um 40 Proz. erhöht. Auf den britischen Ministern lastet heute eine sehr schwere Verantwortung. Es ist unsere Pflicht, sehr reifliche Überlegungen anzustellen, wenn wir sehen, daß Italien und Frankreich, die beide unsere Freunde sind, so viel mehr ausgeben als vor drei Jahren.

## Japan kauft Eisenbahnmaterial.

London, 29. November.

Der Vertreter des japanischen Eisenbahnministeriums in London, Suzumura, führte den Vorschlag auf einem Diner, das ihm seine Kollegen im englischen Eisenbahnministerium gaben. Er teilte hierbei mit, daß für die japanischen Eisenbahnen Aufträge in Höhe von 500 000 Pfund in England platziert worden seien und er hoffe, daß noch weitere größere Aufträge für England folgen werden.

## England hält Mesopotamien zurück.

Es darf noch nicht in den Völkerbund.

London, 29. November.

Halbamtlich wird erklärt, die gestrige unerwartete Abreise des Ministerpräsidenten des Irak, Dschafar Pascha, von London bedeute nicht etwa, daß in den Verhandlungen über die Beziehungen zwischen England und dem Irak eine Störung eingetreten sei, oder daß sie abgebrochen seien. Sie seien so gut wie beendet. Es könne angenommen werden, daß die britische Regierung frühestens im Jahre 1932 in der Lage sein werde, den Eintritt des Irak in den Völkerbund zu empfehlen.

## Araberstämme am persischen Golf.

Basra, 29. November. (Reuter.)

Der zurzeit hier zu Besuch weilende Scheich des unter englischen Protektorat stehenden Gebiets von Koweit ist dringend in sein Land berufen worden, da den umgehenden Gerüchten zufolge der Wahabitenführer Jafar Eddanisch sich mit einer starken Streitmacht der Grenze von Koweit nähert. Die Behörden versuchen, die an der Grenze wohnenden Stämme zu warnen und den Widerstand zu organisieren.

Basra liegt am Zusammenfluß des Euphrat und Tigris und ist Endpunkt der Bagdadbahn. Koweit liegt südlich davon in einer Bucht der Nordwestküste des Persischen Meeres, an der nordöstlichen Grenze Arabiens.

## Sowjetregierung defrediert Amnestie.

Aber das Gericht will hinrichten lassen.

Während mehrerer Tage verhandelte das Bezirksgericht von Archangelsk wegen der Ermordung des „Arbeiter-Korrespondenten“ Koznebow. Der Mörder Kowitow wurde zum Tode verurteilt; zwei Mithäter zu je 10 Jahren Gefängnis. Das Gericht beschloß, beim Allrussischen Volksgesamt um die Erlaubnis nachzusuchen, entgegen der Amnestie das Todesurteil gegen Kowitow vollstrecken zu dürfen.

Der erste diesjährige Diskussionsabend der Volkshöhe fand im Bürgercafé des Rathauses statt. Zu dem Thema „Film und Theater“ hielten Heinz Hilpert, Lupa Bid und Julius Bab einleitende Reden. Heinz Hilpert wie Lupa Bid vertraten die Ansicht, daß Film und Theater, die ihrem inneren Wesen nach durchaus verschiedene Künste sind, stets getrennt von einander wirken müßten. Besonders Heinz Hilpert begründete eingehend seine Ablehnung einer Vereinigung von Film und Theater. Der Theaterzuschauer wird — nach Hilperts Auffassung — durch den technisch vollkommenen Handlungsablauf des plötzlich einziehenden Films aus seiner nativen Illusion herausgerissen. Die Sensationssteigerung durch den Film bedeutet aber einen Erlebnisverlust, besonders, da der Film als Ergänzung des Bühnenbildes häufig dazu dienen dürfte, um Handlungsabläufe zu überbrücken, die der Dichter nicht auszufüllen vermochte. Lupa Bid trat für eine künstlerische Verwollkommenung des Films ein. Das Publikum muß kritischer werden; dann wird auch eine künstlerische Entwicklung der gesamten Produktion einsehen und der Film stärker befriedigen als heute. Heute ist der Film fast nur ein Mittel zur Vergnügung des Publikums. Für höhere Ansprüche ist, nach der Publikummeinung, das Theater da. Aber auch das Theater befriedigt zurzeit wenig. Erst wenn der Film nicht mehr nach dem Theater und das Theater nicht mehr nach dem Film spielt, wird jede der beiden Künste insstande sein, ihre Möglichkeiten zu erschöpfen. Julius Bab bemühte sich, diesen gewissermaßen von der Bühne und von dem Sturbehalten her geäußerten Anschauungen, die aus dem Parteil und der Galerie entgegenzustellen. Er betonte die unbegrenzten Möglichkeiten des Films auf dem Gebiet des Unwirklichen. Der Film kann uns künstlerisch erschüttern, wenn er sich auf die Wirkung seines Materials besinnt. Verknüpfung von Film und Theater wird immer dann erfolgreich sein, wenn das Theater vom Einzelspieler abtrüdt und die Menge zum Träger der Handlung macht. In diesem Fall fügen sich Film und Theater ein; die Rolle, doch immer noch einzelnen auf der Bühne verkörpert, kann im Film wirklich gezeigt werden, und das Hin- und Herbewegen zwischen Theater und Film kann eine ganz große, einheitliche Wirkung auslösen. In der Diskussion zeigte sich das Volkshöhepublikum an dem Problem „Film und Theater“ außerordentlich interessiert. Besonders wurden lebhaft Wünsche nach Aufnahme des Films in den Wirkungsbereich der Volkshöhe laut. 4.

Neue Wege zur Bekämpfung des „gelben Galt“ wurden in einer Versammlung der Tierärztlichen Gesellschaft und der Tierärztlichen Vereine der Provinz Brandenburg besprochen, die in der Tierärztlichen Hochschule in Berlin tagte. Unter gelbem Galt versteht man die Entererkrankung, welche nicht weniger als ein Fünftel aller Mächtige in Deutschland von der Milchproduktion ausschließt, in dem Milchforschungsanstalt in Kiel erwiehelt sich in den Jahren 1925 bis 1927 sogar 50 Proz. aller unterrichteten Kühe als am gelben Galt erkrankt. Bedenkt man, daß der Wert unserer Milchproduktion mit 5 Milliarden Mark noch den unserer Kohlenproduktion übertrifft und daß wir jährlich für fast eine halbe Milliarde Mark Milch- und Molkeerzeugnisse vom Ausland einzuführen genötigt sind, so erkennt man ohne weiteres, was eine erfolgreiche Bekämpfung des gelben Galt für unsere Land- und Volkswirtschaft bedeutet. Prof. Binz von der Landwirtschaftlichen Hoch-

# Landgemeindeförderung und Gutsbezirke

## Das Ende politischer Entrechtung auf dem Lande.

Auf der Tagesordnung des Landtages vom 1. Dezember steht außer der Beamtenbeförderung die Beratung der Landgemeindeförderung. Da heute schon feststeht, daß der Hauptausschuß die Beamtenbeförderung bis dahin nicht verabschiedet kann, weil der Reichstagsausschuß mit seinen Arbeiten nicht fertig wird, so wird mit der zweiten Lesung der Landgemeindeförderung begonnen werden. Es ist anzunehmen, daß die Rechtspartheien ihre Opposition, die sie vor den Sommerferien getrieben haben, aufgeben, da sie wissen, daß jetzt so schnell als möglich die Gutsbezirke durch ein Sondergesetz zur Auflösung gebracht werden. Es ist unmöglich, den heutigen Zustand, wonach in 12000 Gutsbezirken die Männer und Frauen, die im nächsten Jahre zum Reichstag und dem Landtag wählen sollen, ein Kommunalwahlrecht nicht haben, weil die Gutsbesitzer der Kleinrentner sind. Von den 12000 Gutsbezirken befinden sich allein 11114 oder 92,6 Proz. aller Gutsbezirke in den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen. Folgende Tabelle ist sehr lehrreich, denn sie zeigt neben der Zahl der Gutsbezirke auch die Zahl der Einwohner:

Provinzen	Zahl der Gutsbezirke	Davon haben Einwohner:			
		bis 100	100-200	200-1000	1000-3000
Ostpreußen ..	2319	1291	1063	44	9
Grenzmark ..	215	67	140	7	2
Nieder- und Oberschlesien	2524	1713	806	4	1
Ostpreußen ..	761	413	337	9	2
Pommern ..	2334	822	1588	31	4
Brandenburg.	1835	915	916	22	7
Sachsen ..	1106	815	284	5	3

Die Regierungsparteien des Landtages sind einmütig der Anschauung, daß es unmöglich ist, dieses große Unrecht noch länger bestehen zu lassen und diese Tausende von wohlhabenden Menschen von jedem kommunalpolitischen Leben auszuschließen. Doch die Gutsbesitzer anderer Meinung sind, ist verständlich, daß sich aber die Zentrale für Heimatsdienst, die doch in erster Linie den Zweck hat, die deutschen Volksgenossen zu aktiven Staatsbürgern zu erziehen, dazu hergibt, ein Loblied auf die Gutsbezirke zu singen, hätte ich für unmöglich gehalten. Im zweiten Novemberheft 1927 bringt die Zeitschrift „Der Heimatsdienst“ einen Artikel vom Rittergutsbesitzer von Bismarck-Ansehof, betitelt: „Die sozialen Funktionen des Gutsbezirks“, den der „Vorwärts“ schon glühend gewürdigt hat.

Die Koalitionsparteien haben zur zweiten Lesung noch folgenden Antrag eingebracht:

„Über die Art der Auflösung beschließt das Staatsministerium. In jedem Kreise ist binnen einer vom Staatsministerium zu bestimmenden Frist durch den Kreisausschuß nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer ein Plan aufzustellen. Wird der Plan innerhalb dieser Frist nicht aufgestellt, so entscheidet das Staatsministerium von Amts wegen.“

Der Bismarck'sche Artikel im Heimatsdienst wird also trotz seines Lobgesanges auf die Gutsbezirke das Sterbegelächeln für sie werden, ab mit oder ohne Landgemeindeförderung. Die Gutsbezirke müssen zu bestehenden Land- oder Stadtgemeinden geschlagen oder aber zu selbständigen Gemeinden gemacht werden, denn nur dadurch gibt es eine Gemeindeförderung und damit auch ein Wahlrecht für die Landarbeiter. Damit wird auch das durchgeführte, was vor einigen Wochen der preussische Innenminister auf der Tagung der Landgemeinden sagte: „Die lebendige Mitarbeit des einzelnen im öffentlichen Leben der örtlichen Gemeinschaft.“

H. Haas, M. d. L.

Die sozialdemokratischen Studenten in Wien haben in einer Entschiedenheit dem preussischen Unterrichtsminister Dr. Becker für seine Bemühungen um das gleiche Studentenrecht Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Entschiedenheit ist mit einer ausführlichen Begründung dem preussischen Unterrichtsminister, sämtlichen deutschen Hochschulen und den preussischen Studentenschaften zur Kenntnis übermittelt worden.

Schule in Berlin hat die von Ehrlich, dem Begründer der Chemotherapie, beschrittenen Wege zum Aufbau heilkräftiger Präparate systematisch weiter ausgebaut und auf die Tierheilkunde angewendet. Es ist ihm gelungen, in einem Todpräparat, dem Sektan, ein Mittel zu gewinnen, das auch in der tierärztlichen Praxis bereits mit großem Erfolge benutzt worden ist, in nicht weniger als 90 Proz. der Fälle wurde vollkommene Heilung erzielt. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, welcher der Tagung beizuhören, betonte das große Interesse der ihm unterstellten Verwaltung an der Verbindung von Chemie und Veterinärmedizin, die uns schließlich wichtige Ergebnisse verheißt, und sagte für die Weiterführung der Versuche jede mögliche Unterstützung zu.

Dr. St.

Deutsch-französischer Dichteraustausch. Die französische Gruppe der allgemeinen Theatergesellschaft gab am Montag in Paris zu Ehren des Direktors der Berliner Städtischen Oper, Bruno Walter, ein Frühstück, an dem Kriegsminister Painlevé präsierte. Walter teilte mit, daß im Mai und Juni nächsten Jahres der französische Dirigent Gaudert in der Berliner Oper den Taktschlag führen, während er selbst in Paris die Mozart-Aufführung leiten werde.

Eine Arbeiteroper in der Sowjetunion. In Dnjepropetrowsk (früher Jekaterinof) in der Ukraine ist das erste Operntheater der Sowjetunion eröffnet worden, dessen gesamtes Personal einschließlich der Regisseure sich ausnahmslos aus Arbeitern der dortigen Fabriken zusammensetzt. Die Arbeiteroper verfügt über 30 Solisten, ein eigenes Orchester und Ballett und einen Chor von 40 Stimmen.

Ein skandinavischer Theatertrupp? Ein kapitalträchtiges englisch-amerikanisches Konfessionarium, an dem der Theatermagnat Lee Espraim in hohem Grade beteiligt sein soll, hat die Absicht, einen skandinavischen Theatertrupp ins Leben zu rufen. Die Vorbereitungen sind bereits soweit gediehen, daß man mit der Einweihung der beiden Kopenhagener Bühnen „Scala“ und „Casino“ in den Trupp rechnet. Die beiden Theater sollen verpfändet werden, ihren Spielplan aus England zu beziehen und englisch-amerikanische Aufführungsgesellschaften aufzuführen. Die Kopenhagener Presse kritisiert diese Pläne aufs Schärfste und ruft die Öffentlichkeit zum Schutz der dänischen dramatischen Kultur gegen wertlosen englischen Ritz auf.

Maxentius von St. Magito. Gariotto Tieszen und Ursula Halle bringt die 2. Kammer des Reichstages am Sonntag, dem 4. Dezember, 11½ Uhr, im Theater am Blücherplatz. Einladungen für Volksbühnenmitglieder 100 M. in demselben Verkaufsstellen, Vorkarten für Nichtmitglieder für 3.- und 2.- M. an den Theatertischen der Blumen Weg und Wertheim.

Kochausstellung der Akademie der Künste. Der Kunstminister Dr. Alfred Kubo wird am 20. 17 Uhr, für den Deutschen Künstlerverein einen Vortrag mit anschließender Kaffeepause halten. Zutritt haben auch Nichtmitglieder gegen Zahlung des am 20. M. ermäßigten Preises.

Lehmannsheim. Zum Gedächtnis an Adalbert Lehmann (geboren 6. Dezember 1857) spricht am 1. Dez. 20 Uhr, Dr. Hans Zedler über den Künstler. Gegen 8 Uhr „Comont“ regisiert Amanda Lindner. Die Berlinerische Kunst dazu spielt Werner Richter „Reichheim“. Der Eintritt ist frei.

# Straßen unter der Erde.

## Der Tunnelbau am Anhalter Bahnhof.

Vor einiger Zeit wurden in Berlin die fähigen Projekte zweier Architekten, die den Passantenverkehr durch großzügigen Tunnelbau unter die Erde ablenken wollten, viel erörtert. Die Projekte wurden seinerzeit als phantastisch und unrealisierbar angesehen. Immerhin: ein Ausweg muß gefunden werden. Die Zusammenballung des Verkehrs bringt eine Gefährdung des Passanten mit sich, so daß das Problem der Verkehrsregelung auf größtmöglicher Basis immer dringender wird.

Einen interessanten Beitrag zur Regelung der Verkehrsmittele bietet der Doppel-Tunnelbau des Hotels „Excelsior“ vom Anhalter Bahnhof in seine auf der linken Seite der Königgräberstraße gelegenen Hotelräume. Das Hotel hat vom Magistrat der Stadt Berlin unter der Bedingung den Tunnelbau genehmigt erhalten, daß es auf seine Kosten von der Maderstraße zur Königgräberstraße einen unterirdischen Tunnel zum Abströmen des hier sehr starken Publikumsverkehrs baut. Die beiden Tunnel haben eine Länge von 80 bzw. 60 Meter, sind 3 Meter hoch ausgeschachtet und 3½ Meter breit. Erdboden, Wände und Decken werden mit sehr starkem Eisenbeton ausgelegt, sodann mit Teer verpflastert und zum Abfluß mit einer Marmorfliesen belegt. Seit dem 1. August

wird in drei Schichten von morgens 6 Uhr bis nachts um 12 Uhr an dem Tunnel gearbeitet. 600 Arbeiter haben hier bis Weihnachten Arbeit gefunden. Um diese Weihnachtszeit herum hofft man die Bauten fertiggestellt zu haben. Auf dem Anhalter Bahnhof werden zwei Fahrflügel für den Gästetunnel eingebaut, die die ankommenden Reisenden unter die Erde in den Tunnel führen. In der Mitte der Königgräberstraße treffen die Tunnel in einem Dreieck zusammen. Hier wird die Anlage von kleinen Läden, hauptsächlich Zigaretten- und Toilettenartikelläden und einer Gepäckaufbewahrungsstelle geplant. Hier stoßen die beiden Tunnel zusammen und laufen dann in zwei verschiedenen Ausgängen, für die Hotelgäste im Innenraum des „Excelsior“, für die Passanten auf dem Trottoir der Königgräberstraße aus. Im Excelsior wird ein kleiner Empfangsraum eingerichtet, von wo aus die Gäste in die Etagenfahrflügel geleitet werden.

Der Passantentunnel hat Eingänge vom Anhalter Bahnhof und der Maderstraße, breite Treppen, die auf den starken Verkehr in der Königgräberstraße eingestellt sind. Man verspricht sich durch den Tunnel eine ganz wesentliche Entlastung des Straßenverkehrs.

## Die Infektionskrankheiten.

### Keine Zunahme der Krankheitsfälle.

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: In der abgelaufenen Woche sind besondere Häufungen von ansteckenden Krankheiten in den Berliner Schulen nicht beobachtet worden. Nur in einer Klasse im Nordwesten ist eine größere Zahl von Erkrankungen an Ziegenpeter vorgekommen. Einige der früher geschlossenen Schulklassen sind wieder geöffnet worden, nachdem die Desinfektion und die erforderlichen bakteriologischen Untersuchungen durchgeführt wurden.

## Die Werbewoche in Berlin.

### 4543 neue Mitglieder gewonnen.

Die Werbewoche der Parteigenossen während der allgemeinen Werbewoche hat in Berlin ein erfreuliches Resultat gebracht. Es wurden insgesamt 1623 neue Abonnenten des „Vorwärts“ und 4543 neue Parteimitglieder, darunter 1234 weibliche, gewonnen.

Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die neuen Mitglieder wie folgt:

	Männer	Frauen	Zus.
Berlin-Mitte ..	240	138	378
Tiergarten ..	180	123	303
Wedding ..	350	132	482
Brenzlauer Berg ..	356	119	475
Friedrichshain ..	245	94	339
Arenberg ..	165	81	246
19. Wkt. (Schmerzhörige) ..	—	2	2
20. Wkt. (Bezirkssekretariat) ..	172	62	234
Chorlottenburg ..	176	33	209
Spandau ..	46	16	62
Wilmerdorf ..	85	31	116
Zehlendorf ..	24	18	42
Schöneberg ..	126	13	139
Steglitz ..	73	14	87
Tempelhof ..	36	32	68
Neukölln ..	463	139	602
Treptow ..	76	32	108
Cöpenick ..	61	17	78
Uhlendorf ..	180	51	231
Weißensee ..	36	2	38
Banow ..	88	21	109
Reinickendorf ..	98	36	134
Sozialist. Arbeiter-Jugend ..	33	28	61
Insgesamt:	3309	1234	4543

In der vorjährigen Werbewoche wurden in Berlin rund 2100 neue Parteigenossen gewonnen. Die Zahl hat sich in diesem Jahre also mehr als verdoppelt.

## Zwei Feuerwehrleute verlernt.

Bei einem großen Fabrikbrand, der gestern abend auf dem Gelände der Staudenfabrik von Wals in Karlshorst wüthete, wurden die Feuerwehrleute Höhne und Liedtisch von der Wache Niederschöneweide erheblich verletzt. Beide erlitten von Somariten die erste Hilfe. — Die vier Löschzüge waren fast sechs Stunden lang mit der Bekämpfung des Feuers beschäftigt, und nur mit Mühe gelang es, ein Ueberfließen der Flammen auf die angrenzenden Wohnhäuser zu verhindern. Erst gegen 2 Uhr früh war die Gefahr beseitigt, und die Wehren konnten unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken. Die eingeleitete kriminalpolizeiliche Untersuchung über die Entstehungsurache des Feuers hat noch kein Ergebnis gezeigt.

## Handangestellten-Tragödien.

In der Wohnung ihres Arbeitgebers, des Kaufmanns K., am Belle-Alliance-Platz, wurde heute früh um 8 Uhr die 17jährige Hausangestellte Elise Schmidt durch Gas vergiftet bemerkt aufgefunden. Wiederbelebungsoversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Nach dem Befund liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. — Ein ähnlicher Fall wurde heute früh gegen 9 Uhr in der Camphausenstraße zu Zehlendorf entdeckt. Zu dem mit Gas angefüllten Küche wurde die 18jährige Hausangestellte Martha Simrau auf dem Fußboden liegend bemerkt aufgefunden. Wiederbelebungsoversuche hatten hier Erfolg, doch mußte das Mädchen in bedenklichem Zustande in das Hindenburg-Krankenhaus gebracht werden. Ob ein Selbstmordversuch oder Unglücksfall vorliegt bedarf noch der Klärung.

## „Zink ran.“

Unter diesem Titel veranstaltete die Spielgemeinschaft der Jungsozialisten im Lichtspieltheater Neukölln die Aufführung einer politischen Revue. Es handelte sich allerdings weniger um eine satirisch aufgemachte Bühnensatire als um die Auseinandersetzung von Gedichten, verknüpft mit Film und mit der Aufführung der Keimannschen Parodie „Kinnu Brissanip“. Aber gemeinsam ist allen diesen Dichtungen der Haß gegen die Dunkelmänner, gegen die Reaktion, mag sie sich auf kulturellem oder politischem Gebiet betätigen. Dieses Moment gibt dem Abend die einheitliche Note, drückt ihm den Stempel auf. Und die Darsteller, von keiner Schablone, von keinem Schema befaßt, pflegen ebenfalls für die sozialistische Idee, haften alles Bürgerlich-Müßige, alles Verbotene, Reaktionen, sie fühlen sich nicht als Darsteller und Sprecher, sondern als Kämpfer für einen großen Gedanken. Deshalb findet ihr Vortrag, reißt mit, und die ganze Veranstaltung hat

propagandistische Bedeutung. Hoffentlich beschränkt sich die Spielgemeinschaft nicht auf Neukölln, sondern veranstaltet auch in anderen Bezirken diese Aufführungen. Am Schluß sprach Genosse Alexander Stein über das Thema „Kampf der Kulturaktion“. Er stellte fest, daß das Schmutz- und Schandgesetz wie auch der Keimannsche Schulentwurf nichts weiter sind als Exponenten im Kampf der Reaktion gegen die Geistesfreiheit in Deutschland und daß jeder Sozialist heute die Pflicht hat, bei den kommenden Wahlen für die SPD zu werden, vor allem bei den Protestwahlen, die aber trotzdem politisch indifferent sind.

## Der Dippelsdorfer Mörder verhaftet.

### Aus einem Heuschaber hervorgezogen.

Wie berichtet vor einigen Tagen über das Kapitalverbrechen, das in der Nähe der Dreifloß Dippelsdorf bei Dresden entdeckt wurde. In einer Strohmiete hatte man, tief in das Stroh gesteckt, die Leiche eines jungen Mädchens entdeckt. Man stellte fest, daß die Leiche erstickt worden war, außerdem fand man einen Schuß in die linke Brust. Der Verdacht fiel auf den Führer eines Motorradclubs mit Soziussitz, der am Samstag in Düsseldorf gesehen worden war.

Am Sonntag ist es nun gelungen, den Mörder festzunehmen. Er hatte sich in einer Feldscheune bei Grünwald (Oberlausitz) versteckt und dort genächtigt. Der Aderbürger, dem die Scheune gehört, hatte, als er ein Fenster eingeschlagen vorfand, mit seinem Sohn alles durchsucht und im Stroh einen unbekannten Menschen gefunden, mit dem er zum Gemeindeförderung gehen wollte. Ohne Widerstand zu leisten, folgte der zunächst noch unbekannte Eindringling, plötzlich aber ergriff er in einem Birkenwäldchen die Flucht. Der Sohn setzte hinterher, der Vater rief Hilfe herbei. Durch die Fußspuren im Schnee konnte der Flüchtling bald gefasst und festgenommen werden. Beim Gemeindeförderung fand man heraus, daß man es mit dem Mörder der Dippelsdorfer Dietrich zu tun hatte. Dietrich trug noch die Kleidung, die in den Meldungen der Dresdener Polizei bekanntgegeben war. Auch seinen Kavalier hatte er noch bei sich. Der Mörder wurde gefesselt und zunächst noch dem Rudolander Amtsgeschäftsführer transportiert, von dort erfolgte Montag nachmittags seine Ueberführung nach dem Dresdener Polizeipräsidium, wo mit den erforderlichen Vernehmungen begonnen worden ist.

## Die Studenten-Abstimmung.

### Beginn des Wahlkampfes in der Universität.

Am morgigen Mittwoch finden an sämtlichen preussischen Hochschulen die Abstimmungen der Studenten über die Bildung einer Studienstenschaft nach den neuen Bestimmungen des preussischen Kultusministeriums statt. An der Berliner Universität hat wegen der Größe der Hochschule auf Veranlassung des Rektors als Wahlleiter die Abstimmung schon heute früh um 9 Uhr begonnen, während die Auszählung, ebenso wie bei der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Tierärztlichen Hochschule erst morgen im Anschluß an die Beendigung des Wahlkampfes erfolgen wird, so daß das Ergebnis erst in den Abend- und Nachtstunden zu erwarten sein wird.

In der Universität hat man im Senatsaal drei Wahlurnen aufgestellt, an denen unter Mithilfe von Beamten der Universität und Mitgliedern der Studienstenschaft als Wahlvorstände die Abstimmung vollzogen wird. Auch in der Charité hat man ein Wahllokal für die zahlreichen in den verschiedenen Instituten und Kliniken tätigen Studenten eingerichtet. Bei den Abstimmungen haben sich die Studenten mit „Ja“ oder „Nein“ darüber zu entscheiden, ob wie bisher an den Hochschulen eine staatlich anerkannte Vertretung und Selbstverwaltung der Studenten gebildet werden soll oder nicht, und zwar auf Grund des neuen Studentenrechts des preussischen Kultusministeriums, das gegenüber den bisherigen gewisse Änderungen enthält und, was der Hauptfreipunkt ist, den Einzelstudientenschaften das Recht der Koalition mit den ausländischen Studientenschaften, beispielsweise den Studenten der deutschen Hochschulen in Deutschland und der Udessa-Studenten, unterstellt. Bis gegen 12 Uhr hatten an der Universität von etwa 8000 bis 9000 wahlberechtigten Studenten schätzungsweise 1500 bis 1600 Studenten ihre Stimme abgegeben, so daß in den ersten Vormittagsstunden bereits etwa 20 Proz. der Studenten ihrer Abstimmungspflicht genügt hatten.

Kommissionrat Busch gestorben. Gestern mittags ist der Begründer des Zirkus Busch, Kommissionrat Paul Busch, im Alter von 78 Jahren gestorben. Im Jahre 1882 hatte Busch mit einem kleinen Zirkus in einem dänischen Landstädtchen angefangen, 1885 errichtete er am Bahnhof Börse sein Berliner Zirkusgebäude, das seinen Namen weltbekannt machte. Jetzt hat ein Herzleiden seinen Leben ein Ende gesetzt.

Höring spricht vor dem Berliner Reichsbanner. Der Dr. Hermann Schöpsberg-Friedenau des Reichsbanners veranstaltet am Donnerstag, 1. Dezember, in der Aula der 19. Gemeindefürsorge, Offenbacher Str. 3, eine Kundgebung, in der Bundesvorsitzender D. Höring, Senatspräsident Großmann und Rektor H. Kellermann Ansprachen halten werden. Vor der Kundgebung wird ein Auktionsverkauf veranstaltet. Abmarsch 13½ Uhr ab Bahnhof Wilmerdorf-Friedenau. Die Republikaner sind herzlich eingeladen.

Die Einweihung des Genossen Hermann Obbl, des langjährigen Leiters unserer Filiale Adlerstraße 174, findet am Donnerstag, dem 1. Dezember, 19½ Uhr, statt.

# Der R.D.Z. will keine Verständigung

## Die Solidarität mit den Ausgesperrten.

Kaum war bekannt, daß am 30. November im Reichsarbeitsministerium versucht werden soll, den schweren Kampf in der Zigarrenindustrie beizulegen, da begann der R.D.Z. auch schon, die Öffentlichkeit und das Reichsarbeitsministerium in seinem Sinne zu beeinflussen. Zunächst ließ er durch die Presse mitteilen, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen wenig Aussicht auf Erfolg hätten, da er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß eine irgendwie geartete zwischentarifliche Lohn-erhöhung nicht in Frage kommen könne, die Zigarrenarbeiterkraft also bis zum 31. März 1928 zu den alten Hungerlöhnen weiterarbeiten müßte. Begründet wird diese Stellungnahme damit, daß die Zigarrenindustrie eine zwischentarifliche Lohn-erhöhung nicht tragen könne.

Es ist also die alte Weise und der alte Text, nur mit dem Unterschied, daß der R.D.Z. diesmal nicht von seinen „Grundfragen“ redet; er hat sie scheinbar in die Ecke gestellt. Seine Veröffentlichungen zeigen aber schon im Voraus, daß

### der R.D.Z. keine Verständigung will.

Sie zeigen auch, wo die Schuldigen zu suchen sind, wenn die vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen scheitern.

Aber auch noch einer anderen Richtung bedient sich die Organe des R.D.Z. So hat der Verband süddeutscher Zigarrenfabrikanten an einige, ihm geeignet erscheinende Mitgliedsfirmen ein vom 25. November datiertes Geheimschreiben geschickt, in dem gebeten wird, arbeitswillige Belegschaften und Arbeiter zu veranlassen, für die am 30. November stattfindenden Verhandlungen dem Reichsarbeitsministerium mitzuteilen, daß sie alle zu den alten Löhnen weiterarbeiten wollten, nur um aus der Not herauszukommen. Mit solchen Mitteln glaubt der Verband süddeutscher Zigarrenfabrikanten, dessen Syndikus Sachs wie der Oberbefehlshaber Brüninghaus ein Secoffizier a. D. ist, das Reichsarbeitsministerium täuschen zu können.

### Die Verurteilung der Aussperrer.

Die „Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland“ sah am Montag unter dem Vorsitz des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Mumm zur Aussperrung in der Zigarrenindustrie eine Entschädigung, in der es heißt:

„So sehr die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland grundsätzlich auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite Kampfmaßnahmen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, nicht ausschließen will, so wenig kann sie diese Aussperrung von 130 000 deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen schweigend tragen. Bei 170 kommunalpolitisch beeinflussten Zigarrenarbeitern in Sachen tarifbrüchig und dafür von allen in Frage kommenden Verbänden nicht billigt worden sind, hat man diese große Arbeiterkraft,

die auch bei regelmäßiger Arbeit besonders schwer bei fargem Lohn um ihr tägliches Brot zu kämpfen hat,

vor dem Feind der Liebe bravlos gemacht; durch die Leitung des Arbeitgeberverbandes sind auch scharf widerstrebende Arbeitgeber zur Aussperrung gezwungen worden. Wir erwarten, daß der Reichstag ein deutliches Wort redet und der Reichsarbeitsminister alsbald wirksam einschreit.“

Eine schärfere Beurteilung des Verhaltens der Tabakindustrie, als sie hier ausgesprochen wird, ist kaum möglich. Gleichzeitig regt sich aber auch in allen Bevölkerungskreisen ganz spontan das Solidaritätsgefühl mit den Ausgesperrten. Die Zuschüssen mehren sich, in denen sich Private erboten,

### Tabakarbeiterfinder in Pflege zu nehmen.

Auf diese Anerbieten werden wir zurückgreifen, wenn die Verhandlungen morgen wieder an dem Sturzpunkt der Unternehmern scheitern sollten. Auch über die vom R.D.Z. beschlossene Unter-

stützungstaktik der Verbände hinaus regt sich die gewerkschaftliche Solidarität. So hat der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes auf seinem Vertretertag eine Entschließung angenommen, in der den ausgesperrten Zigarrenarbeitern die Sympathie ausgesprochen wird und in der es dann heißt:

„Es gilt die Nacht eines rücksichtslosen und brutalen Unternehmertums zu brechen, und die Verammelten erklären sich bereit, sich für die moralische und materielle Unterstützung der Ausgesperrten einzusetzen.“

Auch der Bund hat auf seinem Gantag am Sonntag einstimmig folgende Entschädigung angenommen:

„Der 8. ordentliche Gantag des Bundes Brandenburg des Bund sprich den durch die von brutalen Scharmachern unter Führung ehemaliger Offiziere insofern dem Jaun gedrohenen Kohlenausperrungen betroffenen Zigarrenarbeitern keine Sympathie und Solidarität aus. Er erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie ihre Solidarität

### durch moralische und materielle Unterstützung

taftätig zum Ausdruck bringen.“

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß in der breiten Öffentlichkeit die schändliche Ausbeutung der Zigarrenarbeiter allgemeine Empörung ausgelöst hat. Die Zigarrenfabrikanten werden bald erfahren, daß man nicht ungestraft diese Öffentlichkeit herausfordert. Sie haben morgen im Reichsarbeitsministerium noch einmal Gelegenheit zur Einsicht. Sie würden gut tun, diese Gelegenheit nicht zu verpassen.

## Die Gärung unter den Eisenbahnern.

### Rundgebung in Magdeburg.

Magdeburg, 29. November. (Eigenbericht.)

„Ähnlich wie in dem Reichsbahnausbesserungswerk Magdeburg-Budau und der Umladehalle-Budau wurde heute die Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Magdeburg-Sable von einer begeisterten Erregung erfaßt. Die Ursache ist die miserable Entlohnung und der schleppende Gang der Verhandlungen zwecks Erhöhung der Ortslohnzulage. Die Belegschaft forderte vom Betriebsrat die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung. Sie versammelte sich auf der Schiebebühne und forderte Aufklärung. Der Betriebsrat erkannte sofort die kritische Situation und rief den Werkdirektor König. Der Werkdirektor glaubte aber die Arbeiter mit Drohungen beruhigen zu können. Er stellte sich vor die Versammelten hin und hielt folgende Ansprache: „Meine Herren, ich fordere Sie an, binnen 10 Minuten die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls fristlose Entlassung durchgeführt wird.“

Diese Provokation löste bei den Versammelten eine stürmische Erregung aus. Es war nur dem tatkraftigen Eingreifen des Betriebsrates zu danken, daß der Werkdirektor sich überhaupt entziehen konnte. Die Belegschaft forderte nun vom Betriebsrat gegen die Provokation bei der Werkdirektion in Dresden vorstellig zu werden. Ferner forderte sie, daß sofort ein Vertreter der Gewerkschaft herangezogen werde. Nunmehr erklärte der Werkdirektor Herr König, daß der Gewerkschaftsangelegte erscheinen und die Betriebsversammlung fortgesetzt werden könne.

Dieser Vorgang zeigt deutlich, wie stark die Gärung unter den Eisenbahnern ist, aber von den leitenden Beamten verkannt wird. Aber auch die breite Öffentlichkeit muß hieraus erkennen, wie die Eisenbahner in einem der wichtigsten und größten Betriebe Deutschlands behandelt werden. Es ist höchste Zeit, daß die berechtigten Wünsche der Eisenbahner, noch vor Weihnachten eine angemessene Lohn-erhöhung vorzunehmen, Berücksichtigung finden.

## Die Lohnbewegung der Karosseriearbeit er. Keine Kündigung des Manteltarifs.

Die Funktionäre des Karosseriearbeitervereins hatten am 22. November beschlossen, das Lohnabkommen zum 27. Dezember zu kündigen und von den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne und Utkarben um 15 Proz. zu fordern. Eine Entscheidung über die Kündigung des Manteltarifs hatten die Funktionäre nicht herbeigeführt, sondern beschlossen, diese Entscheidung einer Vollversammlung aller organisierten Karosseriearbeiter zu überlassen.

In dieser Vollversammlung, die am Montagabend im Verbandshaus der Metallarbeiter war und einen sehr starken Besuch aufwies, gab zunächst Genosse Bicht vom Holzarbeiterverband die Gründe bekannt, warum die im Karosseriearbeiterverein zusammengekommenen Organisationen die Kündigung des Manteltarifs nicht empfehlen. In der Debatte zeigte sich, daß eine einheitliche Auffassung über diese Frage nicht vorhanden war. Es sprach etwa die gleiche Zahl von Diskussionsrednern für die Kündigung des Tarifs wie dagegen. Die Kündigung des Lohnarbeits durch die Funktionäre und die Aufstellung einer 15prozentigen Lohnforderung wurde jedoch von allen Rednern gebilligt. Die am Schluß der Versammlung vorgenommene Abstimmung ergab schließlich eine große Mehrheit dafür, daß der Manteltarif zum 31. Dezember nicht gekündigt wird.

## Unfallstatistik im Ruhrkohlenbergbau.

196 Tote und 21000 Verletzte in einem Vierteljahr.

Dortmund, 29. November.

Nach einer Aufstellung des Oberbergamts betrug die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle im Steinkohlenbergbau des Oberbergamts Dortmund im dritten Vierteljahr 1927/28. Die Summe der Gesamtunfälle belief sich auf 20 961 für dieses Quartal oder 58,912 auf 1000 Beschäftigte.

## Achtung, Bauarbeiter!

Ab 1. Dezember wird mit Rücksicht auf die Lichtverhältnisse die Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich verkürzt. Im Interesse der eigenen Sicherheit der Kollegen und Kameraden machen wir es jedem zur Pflicht, nicht genügend beleuchtete Baustellen nicht zu betreten. Beachtet die Unfallvorschriften.

Deutscher Bauernverband, Bauerngewerkschaft Berlin.

Zentralverband der Zimmerer.

Verband der Maschinisten und Heizer.

Verband der Affordmaner.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geiger; Wirtschaftl. O. Klingebier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: A. S. Steiner; Anzeigen- und Contingent: Rich. Harig; Anzeigen: Th. Glöck; Familien in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Postamt 100, Berlin. Postfach 100, Berlin. Postfach 100, Berlin.

**Praktische Weihnachts-Geschenke**

nach bis zu 15 Monats-Raten

VERLANGEN SIE SONDERANGEBOT

# Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Str. 122-123.

Allen Freunden, Bekannten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber guter Papa

**Richard Krüger**

nach kurzem Krankenlager plötzlich durch den Tod entrissen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Anna Krüger geb. Doffeich und Rinder Herbst, Rudl.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, 17. Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg statt.

**Möbel Kredit**

sehr günstig bei

**Camnitzer**

Schönh. Allee 82, I an Rudl. Redig.

**Herrenkleider-Fabrik**

gibt bis auf weiteres Anzüge, Ulster, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.

Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.

**Auf Teilzahlung Herren-Garderobe**

Kleine Anzahlung \* Bequeme Abzahlung!

**CAMNITZER**

Schönhäuser Allee 82, I am Hochhahnhof Nordring

**100 Pf. 100 Mark**

Qualitäts-Tabak- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. rösch. vertig seit 48 Jahren. als Spezialität

**Conrad Müller**

Leipzig-Schkeuditz

**Herren-Maß-Schneiderei**

„ALEXECK“

Goswitzer, 3 II. Stg., Ecke Königs- u. Westfälische Straße. Solide Preise. Ratenzahlung ohne Preisaufschlag

**Krause-Pianos zur Miete**

W.G. Ansbacherstr. 1

## Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirmen

### Tapeten-Stahlke Lindow Straße 5

Im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schaulustiger Ribeständig: Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.

Durch waschenweisen Endrosbezug 40% Ersparnis! - Der weite Weg lohnt!

## Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf

Billig und gut: **Thaerstr. 40** **Büchse und gut** geöffnet von 9-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 9-7 Uhr

**Schönhäuser Allee 33** geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

## KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 29. November bis 1. Dezember

**BTL**

Potsdamer Straße 38

**Wochenendzauber**

mit Harry Liedtke, Maria Paudler

dazu: Das gute Besprogramm.

**Viktoria-Lichtbildtheater** Frankfurter Allee 48

**Bigamie**

Ferner: Die große Bühnenschau. Geheimnisse des Harems.

**Turmstraße 12**

**Der Landarzt** mit Rudolf Schildkraut

dazu: Die elf Teufel mit Evelyn Holt

**Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99**

**Liebesreigen**

Ferner: Bühnenschau.

**Rheinstraße 14**

Verlängert

**Pat und Patachon auf dem Pulverfaß**

Für Jugendliche freigegeben.

**Passage-Lichtspiele, Bin.-Neukölln, Bergstr. 151/52**

Harry Liedtke in:

**Wochenendzauber**

Ferner: Bühnenschau.

**Odeon, Potsdamer Str. 75**

**Die tolle Lola** mit Lillian Harvey

dazu: Blond oder braun mit Myrtle Helen

**Film-Palast Kammersäle, Teltower Straße 1-4**

**Grand Hotel**

und das große Besprogramm

**Alexanderstr. 39-40**

**Der Gelsterzug** mit Ilse Bois, Ernst Verebe

dazu: Die weiße Spinne, 6 spann. Akte

**Concordia-Palast, Andreasstraße 64**

**Was Kinder d. Eltern verschweigen**

Die Kindesräuber von Arizona

## Betten-Schonert

Orianiensstr. 12 **Eckhaus Heinsdrift.**

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	15.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Stoppdecken	13.-	15.-	18.-	20.-
Dauendecken	48.-	60.-	80.-	95.-
Metallbetten	18.-	18.-	21.-	24.-
Stig. Matr. u. Kellk.	15.-	18.-	24.-	27.-

**Bettenreinigung** mit neuesten Maschinen - Abholung und Lieferung kostenlos. Anruf Marktplatz 833

## Billige Gardinen! Billige Tisch- u. Diwanddecken!

Wir verkaufen trotz erfolgter Preiserhöhung der Fabriken

Künstler-Garnituren	Bunte Fenster-Garnituren	Diwanddecken
engl. Tüll . . . 16.- 12.- 8.- 4.-	belle Madras-Garnituren M. 24.- 20.- 16.- 11.- 8.- 6.- 4.-	Fantasia- und Kordellisen 20.- 16.- 12.- 10.- 7.-
engl. Tüll, extraprima 22.- 24.- 30.-	aparte Modelle und Farben 42.- 36.- 30.- 25.- 20.- 16.- 10.-	Gobelinstoff . . . 24.- 16.- 12.- 10.-
Etapane . . . . . 28.- 15.- 10.-	<b>Brokat-Dekorationen</b> 42.- 36.- 29.50	Mohair-Wirbeldecken . . . 33.- 29.50
Für Küche u. Schlafzimmer		Felldecken . . . . . 33.- 29.50
Etamine-Gardinen mit Spitze oder Volant, auch bunte Volants		Mogelsta-Buchen . . . 59.- 52.- 44.-
12.- 10.- 8.- 7.- 6.- 4.75		Macquett-Decken . . . 90.- 70.-

## Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus

Neukölln, Hermannstraße 32

Filiale: Eberswaide, Eisenbahnstr. 99. Filiale: Nowawes, Priesterstr. 57. neben der Hauptpost.

**Besonders billig!** wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanlage des „Vorwärts“ und

## Spezial-Angebote für den Winter!

**Paletots, Ulster, Anzüge, Joppen Sport- und Berufskleidung**

in den allerneuesten Formen und nur guten Qualitäten, bester Passform und äußerst billigen Preisen.

**J. Baer, Badstraße 26** Ecke Prinzenallee.

Beachten Sie bitte die Auslagen der 8 Schaufenster!